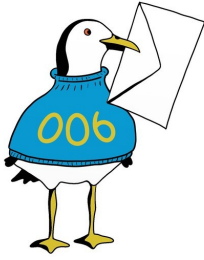


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,



in dieser Woche habe ich in Berlin zum ersten Mal seit Mitte März wieder ein paar Termine außerhalb meines Büros wahrnehmen können. Nach Wochen im Homeoffice im Wechsel mit Videokonferenzen aus meinem Berliner Büro heraus, ist das eine sehr willkommene Abwechslung. Mir geht es jedoch wie vielen anderen auch: Ich freue mich, dass der normale Arbeitsalltag Stück für Stück zurückkommt, bin aber dennoch vorsichtig zurückhaltend mit dieser neu gewonnenen "Freiheit".

So langsam wird auch immer deutlicher, welche massiven Auswirkungen die Pandemie auf unzählige Bereiche des Lebens und Branchen der Wirtschaft hat. Restaurants und Gaststätten, Museen und Ausstellungen oder die Reisebranche: Sie kämpfen um jeden einzelnen Gast und Besucher. Für alle ist es ein **steiniger und mühsamer Weg aus der Krise heraus**. Ohne staatliche Hilfen werden es viele nicht schaffen. Auch wenn wir in den Wochen seit Ausbruch der Pandemie schon eine Vielzahl von Hilfspaketen auf den Weg gebracht haben, bedarf es jetzt eines **nachhaltigen und zukunftsgerechten Konjunkturpaketes**.

In der Fraktionssitzung am Dienstag hat Ralph Brinkhaus deswegen ein klares Plädoyer für ein **"Aufbruchpaket"** für die deutsche und europäische Konjunktur gehalten. An oberster Stelle steht die Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen brauchen wir Investitionen in Innovationen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Über Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigungen dürfen wir nicht immer nur reden, sondern müssen jetzt auch liefern!

---

## Die Woche im Bundestag

---

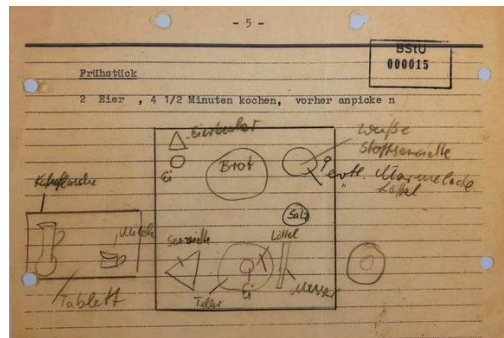
### Besuch des Stasi-Unterlagen-Archivs

Seit 2011 ist Roland Jahn der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Im vergangenen Herbst durfte ich ihn bereits bei uns im Wahlkreis zu einer Diskussionsrunde begrüßen. Am Montag folgte dann der Gegenbesuch in "seinem Archiv". Als Kulturpolitikerin begleite ich das parlamentarische Verfahren zur Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv. Ein regelmäßiger Austausch

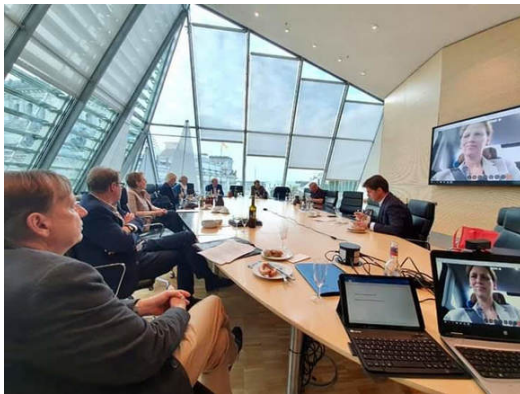
liegt mir daher sehr am Herzen. Denn die Stasi-Akten sind nicht nur Zeugnisse unserer Geschichte, sondern immer auch Logbücher der Leben von Verfolgten des SED-Regimes.



Die **Dokumente der Bespitzelung und Drangsalierung**, die bis in den kleinsten Winkel des Privatlebens reichten, bewahrt das Archiv eindrucksvoll auf und macht es der Öffentlichkeit zugänglich. Wie minutiös die Staatssicherheit "Erkenntnisse" dokumentiert hat, zeigt auch das Bild rechts: Eine Karteikarte, die genaue Anweisung darüber gibt, wie Erich Mielke sein Frühstücksgedeck angerichtet haben wollte.



## Sitzung der Landesgruppe



Mit der Landesgruppe haben wir am Montagabend zum ersten Mal wieder "richtig" getagt. Nur unsere Gesprächspartnerin Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, war per Video aus Kiel zugeschaltet. Eine gute Möglichkeit, zum schnellen und unkomplizierten Austausch, die wir auch weiterhin nutzen sollten. Ich habe in dem Gespräch erneut auf die Lage von Künstlern und Veranstaltern hingewiesen, denn das Leben der **kulturellen Infrastruktur** in Deutschland hängt am "seidenen Faden". Natürlich war auch die **Rückkehr der Kinder in Schule und Kita** Teil der Diskussion.

## Gespräch zur Lage der Reisebüros und Busunternehmen



Während Hotels, Gaststätten und Restaurants so langsam und unter strengen Auflagen wieder öffnen und Gäste empfangen dürfen, liegt die Tourismusbranche nach wie vor brach. Ganz besonders hart trifft es die **Reisebüros und Busunternehmen**, deren Geschäft in Zuge der Corona-Pandemie gänzlich zum Erliegen gekommen ist. Die Branche braucht konkrete, zielgerichtete Hilfe. Und das möglichst schnell. Wie dramatisch die Lage ist, schilderte mir am

Mittwochmorgen bei einem Gespräch **Jörg Weißgräber** (Bild links) vom **Reisebüro Fahrenkrog** aus Kiel.

Das seit 67 Jahren bestehende Familienunternehmen beschäftigt 76 Mitarbeiter und fordert einen **Rettungsfonds für die deutsche Tourismusbranche**, der vor allem die mittelständischen Betriebe stützt. Denn das Reisebüro verzeichnet derzeit hohe Liquiditätsabflüsse, um den Kunden die Kosten für gebuchte Reisen rückzuerstatten. Die Entscheidung, wann Reisen ins europäische Ausland wieder stattfinden dürfen, wurde auf die Woche nach Pfingsten vertagt. So haben die Reisebüros keinerlei Perspektive, zu welchem Zeitpunkt ihr Geschäft wieder anlaufen könnte.

Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, haben Jörg Weißgräber und seine Kollegen am Mittwoch an einer bundesweiten Demonstration der Reisebusunternehmen in Berlin teilgenommen. Auch das **Unternehmen DEHN Touristik aus Neumünster**, das schon oft BPA-Gruppen aus dem Wahlkreis nach Berlin gefahren hat, war mit dabei. Mit einem Bus-Korso durch die Stadt hat die Branche deutlich gemacht, dass die Zeit drängt! Das ist hoffentlich auch im zuständigen Wirtschaftsministerium angekommen, denn der Frust und die Existenzangst sind groß.



## Wie geht es weiter auf den städtischen Bühnen?



Im Rahmen unserer Kulturausschusssitzung haben wir am Mittwoch mit Experten über die Perspektiven von Veranstaltern im Bereich Kultur und in der Corona-Krise gesprochen. Auf meinen Vorschlag war auch **Dorothee Starke von der Inthega** (Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen) als Expertin dabei. Um die kulturelle Infrastruktur in unserem Land zu sichern, brauchen die Veranstalter Zuschüsse für die harte Phase des Lockdowns.

Dringend notwendig ist zudem ein Ausgleich für die ausfallenden Einnahmen bei Wiedereröffnung der Theater unter strengen Hygieneregeln. Nur so können wir die Bühnen und Veranstaltungsorte, die elementar zur **kulturellen Vielfalt vor allem im ländlichen Raum** beitragen, erhalten.

## Gespräch zum Marineschiffprojekt MKS-180



Der Arbeitskreis Küste ist für mich zu einer festen Größe im Berliner Sitzungsbetrieb geworden. In dieser Woche hat auch diese Runde wieder von Angesicht zu Angesicht stattgefunden. Natürlich unter Einhaltung der vorgegebenen Abstandsregeln. Nachdem die Kieler Werft German Naval Yards seinen Einspruch gegen die **Vergabe des Marineschiffs-Projekts MKS-180** an ein niederländisches Konsortium zurückgezogen hat, nimmt das größte



Rüstungsprojekt der Deutschen Marine  
wieder Fahrt auf.

Zu Gast im AK Küste war der **Ausschreibungsgewinner Damen Schelde Naval Shipbuilding**. Die niederländische Werft stellte sich gemeinsam mit Lürssen und Thales Deutschland unseren Fragen. So ging es u.a. um die Zusammenarbeit der Niederländer mit den deutschen Werften. Nach massiver Kritik daran, dass dieses Rüstungsprojekt europäisch statt national ausgeschrieben wurde, spielten Themen wie eine gemeinsame Marschroute und der Verbleib der Wertschöpfung beim Marineschiffbau eine große Rolle.

---

## Die Woche im Plenum

---

### Intensivpflege- und RehaStärkungsgesetz

Mit dem Gesetzentwurf sollen die **Leistungen der außerklinischen Intensivpflege neu strukturiert werden**. Dazu wird ein eigener Leistungsanspruch auf außerklinische Intensivpflege im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung definiert. Verordnen dürfen die außerklinische Intensivpflege nur besonders qualifizierte Ärztinnen und Ärzte. Damit Patientinnen und Patienten in der Intensivpflege dauerhaft qualitätsgesichert versorgt werden, ist vorgesehen, dass die Medizinischen Dienste im Auftrag der Krankenkassen im Rahmen einer persönlichen Begutachtung am Leistungsort jährlich prüfen, ob die medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt werden kann.

Die **Sicherung der Qualität der Pflege** steht bei diesem Gesetzesvorhaben im Mittelpunkt, Missbrauchsmöglichkeiten sollen beseitigt werden. Was Ort und Ermöglichung der außerklinischen Intensivpflege angeht, sollen die Wünsche der Versicherten berücksichtigt werden, sofern die Pflege dabei dauerhaft sichergestellt werden kann. Der Mehrkostenanteil, den Versicherte tragen müssen, wenn sie eine andere als die von der Krankenkasse zugewiesene Reha-Einrichtung wählen, soll halbiert und die Mindestwartezeit für eine erneute Reha von Kindern und Jugendlichen gestrichen werden.

### Lohnfortzahlung für Eltern beschlossen



Viele Familien sorgen sich in der Corona-Krise um ihre finanzielle Sicherheit. Mit der **Verlängerung der Lohnfortzahlung für Eltern** haben wir in dieser Woche eine wichtige Maßnahme beschlossen, um ihnen in der derzeitigen Situation zu helfen. Die Lohnfortzahlung wird für Mütter und Väter, die sich **zu Hause um ihre Kinder kümmern und deshalb Lohneinbußen erleiden**, auf jeweils bis zu zehn Wochen ausgedehnt. Für Alleinerziehende, die wegen der Krise die Kinderbetreuung übernehmen müssen und nicht zur Arbeit gehen können, wird sie auf bis zu 20 Wochen verlängert.

Die Lohnfortzahlung ist teil des **Corona-Steuerhilfegesetzes**, das auch andere wichtige Punkte beinhaltet, mit denen die Folgen der Covid-19-Krise abgefedert werden sollen. Davon profitiert zum Beispiel die Gastronomie: So wird der **Mehrwertsteuersatz für Speisen in Restaurants und Gaststätten von 19 auf 7 Prozent abgesenkt**. Die Regelung gilt ab dem 1. Juli 2020 und ist bis zum 30. Juni 2021 befristet.

Ebenfalls wichtig: **Aufstockungszahlungen zum Kurzarbeitergeld**, die Unternehmen zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Dezember 2020 geleistet haben, **bleiben steuerfrei**. Voraussetzung ist, dass Aufstockungsbetrag und Kurzarbeitergeld

zusammen 80 Prozent des ausgefallenen Arbeitsentgelts nicht übersteigen. Wird mehr gezahlt, muss nur der darüber hinaus gehende Teil versteuert werden. Das entspricht der Regelung im Sozialversicherungsrecht und sorgt dafür, dass die Zahlungen ungekürzt bei den Beschäftigten ankommen.

## Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

Am Donnerstag haben wir im Plenum die **Umsetzung eines Teils des Düngekompromisses** mit der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie beschlossen. Sie legt fest, dass für landwirtschaftliche Flächen, die an Gewässer angrenzen und eine Hangneigung von mindestens fünf Prozent haben, eine verpflichtende Begrünung in einem Bereich von fünf Metern zu erfolgen hat. Damit soll das Austragen von Düngemitteln auf die Flächen verhindert werden. Bei vielen Landwirten ist das bereits gelebte Praxis!



Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Juni 2018. Darin hatte der EuGH geurteilt, dass Deutschland gegen seine Pflicht zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (Nitrat-Richtlinie) verstoßen habe.

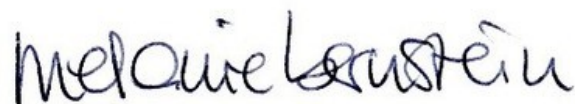
---

Sobald ich wieder öffentliche Termine im Wahlkreis wahrnehme oder Veranstaltungen stattfinden, erfahren Sie es hier oder auf meiner Website.

Mein nächster Newsletter erscheint am 19. Juni 2020.

Ich wünsche Ihnen schöne Pfingsten und bleiben Sie zuversichtlich!

Ihre



Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? [Schreiben Sie mir!](#)



Auch auf meiner [Facebook-Seite](#) finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

---

*P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an [melanie.bernstein@bundestag.de](mailto:melanie.bernstein@bundestag.de). Ich freue mich!*

\* Bildrechte: Pixabay.com

[Impressum](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)